



Niederschrift
I. Öffentlicher Teil

20. Sitzung	der Stadtverordnetenversammlung
Ort:	Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus, Ratssaal
Datum	29.04.2026
Beginn	14:00 Uhr
Ende	18:40 Uhr

Stadtverwaltung Cottbus/Chósebuz

28.04.2026

Tagesordnung (Stand: 22.04.2026)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung
5. Einwohnerfragestunde
 - 5.1. Vergabe von Jobs
Vorlage: EWA-70/26
 - 5.2. Zustand unseres Grundwassers in Cottbus/Chósebuz
Vorlage: EWA-72/26
6. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 6.1. Konsequenzen aus möglicher Wiederholung des Alkoholverbots im Schillerpark
Vorlage: AN-74/26
 - 6.2. Anfrage für die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz zum Stand und zur Planung der Smart City Cottbus
Vorlage: AN-76/26
 - 6.3. Kosten-Einnahmen-Gegenüberstellung des Forums K in Cottbus/Chósebuz
Vorlage: AN-80/26
 - 6.4. Anfrage zum aktuellen Stand der Vereinbarung zwischen der Stadt Cottbus/Chósebuz und LEAG zur Wärmeversorgung in Cottbus/Chósebuz
Vorlage: AN-81/26
 - 6.5. Belastungen durch die Bezahlkarte
Vorlage: AN-82/26
 - 6.6. Videoüberwachung in Cottbus/Chósebuz
Vorlage: AN-83/26
 - 6.7. Nachfrage zu Anfrage AN-39/26 Anfrage zum Stand der Prüfung der Kita-Elternbeiratswahl Cottbus/Chósebuz 2025
Vorlage: AN-84/26
 - 6.8. Städtepartnerschaft zu Lipezk in Russland
Vorlage: AN-85/26
 - 6.9. Nachfrage zur unterbliebenen Umsetzung des Beschlusses AT-42-44/23 vom 20.12.2023
Vorlage: AN-86/26

- 6.10. Anfrage zur Tätigkeit und Finanzierung der Regionalwerkstatt Cottbus
Vorlage: AN-87/26
- 6.11. Anfrage Auswirkungen des sogenannten „Herrenberg-Urteils“ auf das Konservatorium Cottbus
Vorlage: AN-88/26
- 6.12. Anfrage zur Vermarktung städtischer Werbeanlagen – Vorgängeranbieter, Beendigungsgründe und Verfahrensänderungen
Vorlage: AN-89/26
- 7. Berichte und Informationen
 - 7.1. Bericht des Oberbürgermeisters sowie Aussprache zum Bericht
 - 7.2. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.3. Petitionen
 - 7.4. Bericht Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH
- 8. Vorlagen der Verwaltung
 - 8.1. Erarbeitung eines Strategiepapieres für die schrittweise Umstellung auf CO²-neutrale Antriebstechnologien im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben
Vorlage: II-061/25 StVV
 - 8.2. 8. Aktualisierung der Beschlussfassung über die Berufung von sachkundigen Einwohnern in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóśebuz für die VIII. Wahlperiode (Grundsatzbeschluss der StVV vom 25.09.2024)
Vorlage: OB-016/26 StVV
 - 8.3. Besetzung Aufsichtsrat der Städtische Dienste Cottbus GmbH
Vorlage: OB-018/26 StVV
 - 8.4. Besetzung Jugendhilfeausschuss - Fraktion Unser Cottbus!/FDP
Vorlage: I.1-007/26 StVV
 - 8.5. Besetzung Jugendhilfeausschuss - Stadtsportbund Cottbus e.V.
Vorlage: I.1-008/26 StVV
 - 8.6. Bebauungsplan „Gewerbegebiet Dissenchen – Verlängerung Werner-von-Siemens-Straße“ - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: II-003/26 StVV
- 9. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 9.1. Beauftragung einer regionalökonomischen Wirkungsstudie zum FC Energie Cottbus
Vorlage: AT-17/26
 - 9.2. Haushaltsverträgliches Anerkennungsmodell für aktive Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Cottbus einschließlich ÖPNV
Vorlage: AT-18/26
 - 9.3. Prüfung der organisatorischen Zuordnung des Gladhouse zur CMT Cottbus
Vorlage: AT-24/26

- 9.4. Ergänzende Prüfung zum rechtssicheren Verwahren zur Einsichtnahme in die Protokolle des Verwaltungsstabes der Coronazeit
Vorlage: AT-28/26
- 9.5. Arbeitsgelegenheiten stärken und ausbauen
Vorlage: AT-23/26
- 9.6. Prüfung von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Cottbusverkehr-Deutschlandtickets
Vorlage: AT-25/26
- 9.7. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung
Vorlage: AT-26/26
- 9.8. Stringenz der Antwort der Kommunalaufsicht (MIK 10.12.2025) „Bindungswirkung zweier Beschlüsse auf privatrechtliche Pachtverträge“
Vorlage: AT-29/26
- 9.9. Einführung eines verbindlichen Berichtssystems für den Bereich Prävention und Geheimschutz
Vorlage: AT-31/26
- 9.10. Weitere pauschale Stellenreduzierung in der Stadtverwaltung Cottbus/Chósebus um 28 VZE bis zum Vorliegen der Aufgabenanalyse der Verwaltung
Vorlage: AT-32/26
- 9.11. Fortschreibung und Aktualisierung der Regelungen zur Telearbeit/Homeoffice in der Stadtverwaltung der Stadt Cottbus/Chósebus
Vorlage: AT-33/26
- 9.12. Prüfauftrag zur Einführung eines Online-Abstimmungstools für Anträge im Rahmen der StVV der Stadt Cottbus/Chósebus
Vorlage: AT-34/26
- 9.13. Rücknahme der Gebührenbescheide für Rettungsdiensteinsätze, vorläufige Sicherstellung der Finanzierung durch die Stadt und konsequente rechtliche Geltendmachung gegenüber den Krankenkassen
Vorlage: AT-35/26
10. Persönliche Mitteilungen und Erklärungen

II. Nicht öffentlicher Teil

1. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
2. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
3. Berichte und Informationen
 - 3.1. Oberbürgermeister
 - 3.2. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
4. Vorlagen der Verwaltung
 - 4.1. Projekt Neubau des Funktionsgebäudes für die Integrierte Regionallaststelle Lausitz sowie den Katastrophenschutz der Stadt Cottbus/Chósebus – Abwicklung des Verfahrens
Vorlage: OB-015/26 StVV
5. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Persönliche Mitteilungen und Erklärungen
7. Schließung der Sitzung

Abarbeitung der Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Bialas eröffnet die Sitzung. Er begrüßt und verpflichtet Herr Phillip Gärtner als neues Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

TOP 2

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die frist- und ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Herr Dr. Wolfgang Bialas,

1. stellvertretender Vorsitz

Frau Kerstin Kircheis,

2. stellvertretender Vorsitz

Herr Benjamin Hantschke,

Oberbürgermeister

Herr Tobias Schick,

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Frau Katja Arnold, Herr Dr. Tilo Biesecke, Herr Andreas Böhm, Frau Eva Engelhardt, Herr Philipp Gärtner, Frau Peggy Hähnel, Frau Anja Heger, Herr Jean-Pascal Hohm, Herr Torsten Kaps, Frau Kathrin Kaßner, Herr Lars Katzmarek, Herr Dr. Mario Kaun, Frau Yasmin Kirsten, Herr Thomas Knott, Herr René Koch, Herr Felix Kotzur, Herr Detlef Krebs, Herr Gunnar Kurth, Herr Ramiro Lehmann, Herr Nadeem Manjouneh, Herr Dieter Markusch, Frau Barbara Merz, Herr Christopher Neumann, Herr Michael Rabes, Herr Dr. med. Markus Rochow, Herr Erik Rothe, Frau Bianca Scheuerecker, Herr Lars Schieske, Herr Jörg Schnapke, Frau Janine Schollbach, Herr Christian Schömberg, Herr Andy Schöngarth, Frau Anke Schulz, Herr Jürgen Siewert, Frau Marianne Spring-Räumschüssel, Herr Hagen Strese, Frau Maja Wallstein, Herr Dr. Hans Ulrich Wunsch, Herr Hendrik Zank

Die Stadtverordnetenversammlung ist beschlussfähig.

TOP 3

Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Keine Einwände.

TOP 4

Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Herr Dr. Bialas informiert über die im Hauptausschuss vereinbarte Beschlussvorlage zum Thema Bauturbo.

Ergänzung der Tagesordnung: → Einordnung unter TOP 8.7

Beschlussvorlage II-021/26 StVV Regelung zur Erteilung der Zustimmung nach §36a BauGB (BauTurbo)

Herr Dr. Bialas informiert über die Verschiebung der Beantwortung der nachfolgenden Anfragen in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung:

NEU TOP 2.1 n.ö.

Kosten-Einnahmen-Gegenüberstellung des Forums K in Cottbus/Chósebuz

Dokument: AN-80/26

Anfragesteller: Fraktion MIB/ZSC

NEU TOP 2.2 n.ö.

Anfrage zur Tätigkeit und Finanzierung der Regionalwerkstatt Cottbus

Dokument: AN-87/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

NEU TOP 2.3 n.ö.

Anfrage zur Vermarktung städtischer Werbeanlagen – Vorgängeranbieter, Beendigungsgründe und Verfahrensänderungen

Dokument: AN-89/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Herr Schöngarth stellt einen Antrag, die Beschlussvorlage OB-015/26 StVV in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben und begründet diesen.

Herr Dr. Biesecke spricht sich dagegen aus, da es sich um einen Entscheidungsprozess handelt, in dem es um Vertragsangelegenheiten geht.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung des Antrags von Herr Schöngarth.

Der GO-Antrag zur Änderung der Tagesordnung wird mehrheitlich abgelehnt.

Nein 29 Enthaltung 4

Die Tagesordnung ist einstimmig mit Änderungen angenommen.

Enthaltungen 0

TOP 5

Einwohnerfragestunde

TOP 5.1

Vergabe von Jobs

Dokument: EWA-70/26

Anfragesteller: Herr Klingberg

Herr Kubusch gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des GB III an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 5.2

Zustand unseres Grundwassers in Cottbus/Chósebuz

Dokument: EWA-72/26

Anfragesteller: Herr Ascher

Frau Mohaupt gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des GB II an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6

Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

TOP 6.1

Konsequenzen aus möglicher Wiederholung des Alkoholverbots im Schillerpark

Dokument: AN-74/26

Anfragesteller: Fraktion Die Linke

Herr Bergner gibt die mündliche Antwort.

Nachfrage: Frau Kirsten

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dez. III.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.2

Anfrage für die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebus zum Stand und zur Planung der Smart City Cottbus

Dokument: AN-76/26

Anfragesteller: Fraktion CDU/FW

Herr Kubusch gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des GB III an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.3 entfällt -> siehe TOP 4

TOP 6.4

Anfrage zum aktuellen Stand der Vereinbarung zwischen der Stadt Cottbus/Chósebus und LEAG zur Wärmeversorgung in Cottbus/Chósebus

Dokument: AN-81/26

Anfragesteller: Fraktion MIB/ZSC

Herr Pambor gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des BOB an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.5

Belastungen durch die Bezahlkarte

Dokument: AN-82/26

Anfragesteller: Fraktion Die Linke

Frau Belle gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen: Herr Neumann

Herr Dr. Bialas regt an, zukünftig über diese Thematik im zuständigen Fachausschuss, regelmäßig, zu informieren.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dez. I.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.6

Videoüberwachung in Cottbus/Chósebus

Dokument: AN-83/26

Anfragesteller: Fraktion Die Linke

Herr Bergner gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dez. III.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.7

Nachfrage zu Anfrage AN-39/26 Anfrage zum Stand der Prüfung der Kita-Elternbeiratswahl Cottbus/Chósebus 2025

Dokument: AN-84/26

Anfragesteller: Fraktion MIB/ZSC

Frau Belle gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dez. I.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.8

Städtepartnerschaft zu Lipezk in Russland

Dokument: AN-85/26

Anfragesteller: Fraktion MIB/ZSC

Herr Kettlitz gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen: Frau Arnold

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des BOB an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.9

Nachfrage zur unterbliebenen Umsetzung des Beschlusses AT-42-44/23 vom 20.12.2023

Dokument: AN-86/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Frau Zimmermann gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dez. II.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.10 entfällt -> siehe TOP 4

TOP 6.11

Anfrage Auswirkungen des sogenannten „Herrenberg-Urteils“ auf das Konservatorium Cottbus

Dokument: AN-88/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Frau Belle gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dez. I.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.12 entfällt -> siehe TOP 4

TOP 7

Berichte und Informationen

TOP 7.1

Bericht des Oberbürgermeisters sowie Aussprache zum Bericht

Berichterstatter: Herr Schick

Herr Schick hält seinen Bericht.

Nachfragen: Herr Knott, Herr Schieske, Frau Kirsten, Herr Wünsch, Frau Wallstein

TOP 7.2

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Berichterstatter: Herr Dr. Bialas

Herr Dr. Bialas informiert über die eingegangene Antwort des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zum Apell „Das Kind im Mittelpunkt – Neuausrichtung der Rahmenbedingungen für inklusive Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg“

Das Schreiben wird den Fraktionen im Anschluss der Sitzung übermittelt.

TOP 7.3

Petitionen

Berichterstatter: Herr Dr. Biesecke

Aktuell liegen keine Petitionen vor.

TOP 7.4

Bericht Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH

Berichterstatter: Herr Dr. Herke; Herr Jäckel

Herr Dr. Herke hält den Bericht.

Nachfragen: Frau Arnold, Herr Schöngarth, Herr Kurth

Der ausführliche Bericht erfolgt im zuständigen Fachausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturentwicklung.

20 Minuten Pause

TOP 8

Vorlagen der Verwaltung

TOP 8.1

Erarbeitung eines Strategiepapiers für die schrittweise Umstellung auf CO²-neutrale Antriebstechnologien im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben

Dokument: II-061/25 StVV

(Austauschblatt vom 03.03.2026)

(Austauschvorlage vom 17.03.2026)

(Wiederaufruf aus HA 18.03.2026)

(Ergänzungsblatt vom 26.03.2026)

(Ergänzungsblatt vom 10.04.2026)

(Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU/FW und MIB/ZSC vom 29.04.2026)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Cottbusverkehr GmbH wird beauftragt, die weitere Umsetzung der Clean Vehicle Directive (bzw. des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes) in einem Strategiepapier darzustellen. Hierbei sind technologieoffene Optionen zur weiteren Entwicklung und Anpassung des Fuhrparks, der betriebsnotwendigen Einrichtungen sowie zum bedarfsgerechten Auf- bzw. Ausbau dieser Strukturen im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorgaben aufzuzeigen und mit vergleichenden Berechnungen zu unterlegen. Ebenfalls einzubeziehen sind die daraus resultierenden Anforderungen an die Aus- und Fortbildung des Fahrpersonals sowie der weiteren Mitarbeitenden.

2. Es sind die bisherigen Aktivitäten und technologischen Entscheidungen, zur per Verordnung bzw. Gesetz vorgeschriebenen Umstellung der Fahrzeugflotte, auf ihre positive Wirksamkeit hinsichtlich der aktuellen technologischen Entwicklungen und auf die Betriebskosten zu überprüfen, sowie bedarfsweise Maßnahmen zur Nachsteuerung sowie Risikominimierung aufzunehmen.

3. Das Ergebnis ist von der Cottbusverkehr GmbH gegenüber der Stadtverordnetenversammlung (StVV) regelmäßig vorzustellen. Über die Bearbeitungsschritte ist bedarfsgerecht oder auf Anforderung der StVV zu berichten.

Herr Schnapke erläutert den Ergänzungsantrag vom 29.04.2026.

Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU/FW und MIB/ZSC:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Punkt 4 (neu):

Die Cottbusverkehr GmbH wird beauftragt einen ersten Entwurf im Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 16.06.2026 zu präsentieren und bis zum 30.06.2026 einen schriftlichen Entwurf des technologieoffenen Strategiepapiers vorzulegen.

Wortmeldungen: Herr Hohm

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung des Ergänzungsantrags

Der Ergänzungsantrag ist mehrheitlich angenommen.

Nein 3 Enthaltung 11

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Vorlage ist mehrheitlich mit Änderungen beschlossen.

Nein 3 Enthaltung 13

Beschlusnummer: II-061-020/26 StVV

TOP 8.2

8. Aktualisierung der Beschlussfassung über die Berufung von sachkundigen Einwohnern in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz für die VIII. Wahlperiode (Grundsatzbeschluss der StVV vom 25.09.2024)

Dokument: OB-016/26 StVV

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz möge auf Vorschlag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen/SUB und Die Linke beschließen:

Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbische/wendische Angelegenheiten

*Herr Christoph Alms wird aus dem Ausschuss **abberufen**.*

Ausschuss für Bau und Verkehr

*Herr Erik Hofedank wird aus dem Ausschuss **abberufen**.*

*Herr Sebastian Hettchen wird in den Ausschuss **berufen**.*

*Herr Jakob Krüger wird aus dem Ausschuss **abberufen**.*

*Frau Anke Schwarzenberg wird in den Ausschuss **berufen**.*

Keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

Enthaltung 0

Beschlusnummer: OB-016-020/26 StVV

TOP 8.3

Besetzung Aufsichtsrat der Städtische Dienste Cottbus GmbH

Dokument: OB-018/26 StVV

Beschlussvorschlag:

~~In den Aufsichtsrat der Städtische Dienste Cottbus GmbH werden Herr Torsten Peinelt und der Besetzungsvorschlag der Fraktion, welcher sich aus dem vorherigen Losentscheid ergibt (siehe Sitzungsniederschrift), entsandt.~~

Mit Schreiben vom 29.04.2026 verzichtet die Fraktion CDU/FW auf die Besetzung.
Entsprechend entfällt der Losentscheid und der Beschlussvorschlag ändert sich wie folgt:

Beschlussvorschlag:

„In den Aufsichtsrat der Städtische Dienste Cottbus GmbH werden Herr Torsten Peinelt und Frau Elisabeth Schlemme entsandt.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung der geänderten Beschlussvorlage.

Die Vorlage ist einstimmig mit Änderungen beschlossen.

Enthaltung 2

Beschlusnummer: OB-018-020/26 StVV

TOP 8.4

Besetzung Jugendhilfeausschuss - Fraktion Unser Cottbus!/FDP

Dokument: I.1-007/26 StVV

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. *Frau Johanna Krähe wird als stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Cottbus/Chóšebuz durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóšebuz abberufen.*
2. *Frau Sarah Ostrowski wird als stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Cottbus/Chóšebuz durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóšebuz berufen.*
3. *Frau Sarah Ostrowski wird als stellvertretend stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschuss der Stadt Cottbus/Chóšebuz durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóšebuz abberufen.*
4. *Frau Sylvia Huskobla wird als stellvertretend stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschuss der Stadt Cottbus/Chóšebuz durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóšebuz berufen.*

Keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

Enthaltung 2

Beschlusnummer: I.1-007-020/26 StVV

TOP 8.5

Besetzung Jugendhilfeausschuss - Stadtsportbund Cottbus e.V.

Dokument: I.1-008/26 StVV

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. *Herr Ron Radlow wird als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Cottbus/Chósebuz durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz abberufen.*
2. *Herr Matthias Boddeutsch wird als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Cottbus/Chósebuz durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz berufen.*

Keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen

Enthaltung 0

Beschlusnummer: I.1-008-020/26 StVV

TOP 8.6

**Bebauungsplan „Gewerbegebiet Dissenchen – Verlängerung Werner-von-Siemens-Straße“
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit**

Dokument: II-003/26 StVV

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. *Der Entwurf des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Dissenchen – Verlängerung Werner-von-Siemens-Straße“ in der Fassung vom 16.03.2026 wird gebilligt.*
2. *Für den genannten Bauleitplanentwurf ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.*

Herr Dr. Biesecke betont den positiven Nebeneffekt des Bebauungsplanes. Er weist darauf hin, dass es wünschenswert wäre, in diesem Zusammenhang eine Prüfung durchzuführen, um festzustellen ob die Flächen für Gewerbe Zwecke unzerschnitten zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

Enthaltung 0

Beschlusnummer: II-003-020/26 StVV

Neu TOP 8.7 -> siehe Top 4

Regelung zur Erteilung der Zustimmung nach §36a BauGB (BuTurbo)

Dokument: II-021/26 StVV

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Fällen, in denen die Zuständigkeit zur Erteilung der Zustimmung der Gemeinde nach § 36a BauGB nicht per Grundsatzbeschluss vom 25.02.2026 an die Fachverwaltung übertragen wurde, wird die Zuständigkeit zur abschließenden Entscheidung an den Hauptausschuss delegiert.

Herr Neumann weist darauf hin, dass in dem bereits gefassten Beschluss ausdrücklich vorgesehen ist, dass jede Bauturbo-Vorlage im Ausschuss für Bauen und Verkehr behandelt wird. Er bittet darum, dass relevante Beschlüsse auch im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit, vorab, behandelt werden.

Frau Mohaupt sieht dieses Vorgehen unproblematisch und stimmt dem Vorschlag zu, relevante Beschlussvorlagen zusätzlich zum Bauausschuss auch im Umweltausschuss zur Beratung mit einzubringen.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung der Vorlage.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

Enthaltung 0

TOP 9

Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

TOP 9.1

Beauftragung einer regionalökonomischen Wirkungsstudie zum FC Energie Cottbus

Dokument: AT-17/26

Antragsteller: Fraktion AfD

(Austauschantrag vom 28.04.2026)

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

- 1. in Abstimmung mit dem FC Energie Cottbus, ob die Beauftragung einer unabhängigen regionalökonomischen Wirkungsstudie sinnvoll und erforderlich ist, die die wirtschaftliche, gesellschaftliche und strukturelle Bedeutung des Vereins für die Stadt Cottbus sowie die Region Lausitz analysiert;*
- 2. ob und unter welchen Voraussetzungen ein geeignetes, auf regionalökonomische Analysen spezialisiertes Unternehmen mit der Durchführung einer solchen Studie beauftragt werden kann;*
- 3. welche finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Erstellung der Studie erforderlich wären und ob die Umsetzung unter Berücksichtigung der Haushaltslage der Stadt Cottbus realisierbar ist;*
- 4. welche Haushaltsmittel hierfür gegebenenfalls im zuständigen Produktbereich bereitzustellen bzw. in künftigen Haushalten einzuplanen wären.*
- 5. Bis zum Jahresende 2026 das Ergebnis der Prüfung proaktiv der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Keine weiteren Wortmeldungen.*

Herr Schieske erklärt den Austauschantrag und stellt einen GO-Antrag für eine namentliche Abstimmung.

Herr Schick weist darauf hin, dass bereits eine Studie durch den Verein beauftragt wurde. Durch eine weitere Studie würde zusätzliches Geld im Haushalt benötigt werden.

Herr Dr. Bialas und Herr Schieske erklären, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt.

Es folgen weitere Wortmeldungen und Hinweise von Herr Kotzur, Frau Kirsten und Herr Kurth zu den bisherigen Diskussionen in den Fachausschüssen.

Herr Pambor verweist auf die Leistungsbeschreibung der aktuell, durch Energie Cottbus, ausgeschrieben Studie. Diese enthält bereits eine Standortanalyse inklusive Bewertung regionaler Wertschätzungsimpulse. Die Ausführung erfolgt am 23.04.26 in Abstimmung mit dem Präsidenten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sowohl betriebswirtschaftlich als auch regionalökonomisch sind zentraler Bestandteil.

Herr Schieske erklärt die Unterschiede zwischen der bisher beauftragten Studie und dem Antrag.

Es folgen weitere Hinweise von Herr Dr. Mario Kaun und Frau Arnold.

Herr Dr. Bialas bittet um namentliche Abstimmung des Antrags.

Nr.	Name	Vorname	Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
1	Arnold	Katja	MIB/ZSC			x
2	Dr. Bialas	Wolfgang	CDU/Freie Wähler			x
3	Dr. Biesecke	Tilo	SPD		x	
4	Böhm	Andreas	AfD	x		
5	Engelhardt	Eva	AfD	x		
6	Gärtner	Philipp	UCI/FDP		x	
7	Hähnel	Peggy	AfD	x		
8	Hantschke	Benjamin	UCI/FDP		x	
9	Heger	Anja	SPD		x	
10	Hohm	Jean-Pascal	AfD	x		
11	Kaps	Torsten	CDU/Freie Wähler			x
12	Kaßner	Kathrin	AfD	x		
13	Katzmarek	Lars	SPD		x	
14	Dr. Kaun	Mario	UCI/FDP		x	
15	Kircheis	Kerstin	SPD		x	
16	Kirsten	Yasmin	Die Linke		x	
17	Knott	Thomas	MIB/ZSC			x
18	Krebs	Detlef	AfD	/	/	/
19	Koch	René	CDU/Freie Wähler	x		
20	Kotzur	Felix	B90/Die Grünen/SUB		x	
21	Kurth	Gunnar	SPD		x	
22	Lehmann	Ramiro	AfD	x		
23	Manjouneh	Nadeem	B90/Die Grünen/SUB		x	
24	Markusch	Heinz-Dieter	AfD	x		

25	Merz	Barbara	UCI/FDP		x	
26	Mittag	Frank	Die Linke	/	/	/
27	Neumann	Christopher	Die Linke		x	
28	Rabes	Michael	CDU/Freie Wähler	x		
29	Dr. Rochow	Markus	CDU/Freie Wähler	x		
30	Rothe	Erik	CDU/Freie Wähler	x		
31	Scheuerecker	Bianka	SPD		x	
32	Schick	Tobias	Oberbürgermeister		x	
33	Schieske	Lars	AfD	x		
34	Schnapke	Jörg	CDU/Freie Wähler	x		
35	Schollbach	Janine	SPD		x	
36	Schömberg	Christian	B90/Die Grünen/SUB		x	
37	Schöngarth	Andy	AfD	x		
38	Schulz	Anke	CDU/Freie Wähler	x		
39	Schulze	Matthias	MIB/ZSC	/	/	/
40	Siewert	Jürgen	UCI/FDP			x
41	Simonek	Georg	AfD	/	/	/
42	Spring-Räumschüssel	Marianne	AfD	x		
43	Strese	Hagen	CDU/Freie Wähler	x		
44	Wallstein	Maja	SPD		x	
45	Wonneberger	Axel	AfD	/	/	/
46	Dr. Wunsch	Ulrich	AfD	x		
47	Zank	Hendrik	SPD		x	
				18	19	5

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ja 18 Nein 19 Enthaltung 5

TOP 9.2**Haushaltsverträgliches Anerkennungsmodell für aktive Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Cottbus einschließlich ÖPNV****Dokument: AT-18/26**

Antragsteller: Fraktion AfD

Inhalt des Antrages:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt,*

1. ein wirtschaftlich vertretbares und steuerbares Anerkennungsmodell ausschließlich für die aktiven Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Cottbus (derzeit 323 aktive Einsatzkräfte) zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis zum IV. Quartal 2026 vorzulegen;

2. dabei insbesondere folgende Umsetzungsvarianten getrennt zu prüfen:

A) Städtische Einrichtungen

- a) Einführung eines jährlich begrenzten Nutzungskontingents für ausgewählte städtische Einrichtungen (z. B. Tierpark, Lagune, Bibliothek),*
- b) Nutzung außerhalb von Spitzenzeiten, soweit organisatorisch möglich,*
- c) Begrenzung auf Eigenbetriebe bzw. städtisch bezuschusste Einrichtungen,*
- d) Teilkostenbefreiung statt vollständiger Kostenübernahme,*
- e) zeitlich befristeter Modellversuch (zwei Jahre).*

B) Innerstädtischer ÖPNV

- a) Einführung eines begrenzten Freifahrtenkontingents im Stadtgebiet,*
- b) alternativ Prüfung einer vergünstigten Jahreskarte für aktive Kameraden,*
- c) Prüfung einer Lösung in Kooperation mit der Cottbusverkehr GmbH unter Berücksichtigung möglicher Ausgleichsmechanismen,*
- d) Darstellung der finanziellen Auswirkungen unter realistischen Nutzungsannahmen.*

3. eine realistische Kostenbetrachtung vorzulegen, die

- ausschließlich die aktiven Einsatzkräfte berücksichtigt,*
- eine realistische Nutzungsquote zugrunde legt,*
- bei städtischen Einrichtungen zwischen Fixkosten und tatsächlichen Grenzkosten unterscheidet,*
- mögliche Mehreinnahmen durch Begleitpersonen einbezieht,*
- und die haushaltsmäßigen Auswirkungen nachvollziehbar darstellt*

Herr Schieske stellt den Antrag seiner Fraktion zurück, bis ein Ergebnis aus der Wehrleitertagung vorliegt.

Der Antrag ist zurückgestellt, ein Wiederaufwurf liegt in der Verantwortung der Fraktion.

TOP 9.3**Prüfung der organisatorischen Zuordnung des Gladhouse zur CMT Cottbus****Dokument: AT-24/26**

Antragsteller: Fraktion CDU/FW

*Inhalt des Antrages:**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchem Umfang und unter welchen rechtlichen, organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen das Gladhouse Cottbus organisatorisch dem CMT Cottbus zugeordnet werden kann, um Synergieeffekte zu nutzen, die wirtschaftliche Situation des Eigenbetriebes Gladhouse nachhaltig zu verbessern und das Angebot des Eigenbetriebs zu optimieren.**Im Rahmen der Prüfung sind insbesondere folgende Aspekte darzustellen und zu untersuchen:*

- Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation beider Betriebe
- Potenzielle Synergieeffekte (Personal, Marketing, Veranstaltungsplanung, Catering, Booking, etc.) die zu Stellen- und Kosteneinsparungen führen könnten
- Rechtliche Rahmenbedingungen (Eigenbetrieb, Gemeinnützigkeit einiger Veranstaltungen, Fördermittelbindung etc.)
- Möglichkeit der Verschiebung der Lesewerkstatt in die Stadtbibliothek
- Sicherstellung als auch Überprüfung des Jugend- und Kulturauftrages des Gladhouse
- Mögliche Alternativmodelle der Kooperation, um Kosten und möglicherweise Mitarbeiter zu sparen

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum 24. Juni 2026 vorzulegen.

Herr Schnapke stellt den Prüfantrag kurz vor.

Er weist darauf hin, dass das Ergebnis nicht bereits im Juni, sondern erst im Oktober vorzustellen ist.

Dr. Biesecke erklärt, dass es wichtig wäre die Prüfrichtung zu weiten und andere Alternativen ebenfalls mit in Betracht zu ziehen.

Er schlägt vor den Antrag an zu passen und eine erweiterte Prüfung zu einem möglichen Kulturverbund zwischen nicht kommerziellen Kulturorten zu ergänzen.

Es gibt keine gegenteiligen Wortmeldungen der antragstellenden Fraktion.

Herr Neumann verweist darauf, dass das Aufgabenprofil des GladHouse etwas völlig anderem entspricht, als dem der CMT.

Herr Kotzur stellt einen GO-Antrag, den vorliegenden Antrag zu einer weiteren Beratung in die Fachausschüsse zu verweisen.

Herr Kurth bittet um eine kurze Pause, damit die Fraktionen sich kurz besprechen können.

5 min Pause

Dr. Bialas bittet um Abstimmung des GO-Antrags.

Der Geschäftsordnungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.
Enthaltung 1

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung des Antrags.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Nein 13 Enthaltung 4

Beschlusnummer: AT-24-20/26

TOP 9.4

Ergänzende Prüfung zum rechtssicheren Verfahren zur Einsichtnahme in die Protokolle des Verwaltungsstabes der Coronazeit

Dokument: AT-28/26

Antragsteller: Herr Kurth, Herr Simonek, Herr Kotzur, Herr Schöngarth, Herr Koch,
Frau Heger

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. ergänzend zum bereits praktizierten Verfahren zur Einsichtnahme in die Protokolle des Verwaltungsstabes zu prüfen und möglichst dem nächsten Rechtsausschuss zur weiteren Bewertung schriftlich vorzulegen, ob und in welchem Umfang die Protokolle des kommunalen Verwaltungsstabes für die Jahre 2020 bis 2023 an Stadtverordnete herausgegeben werden können. Die Prüfung hat die Rechtsgrundlagen § 1 AIG, §§ 4, 5 AIG, § 29 BbgKVerf, Art. 15 DS GVO i.V.m. § 11 BbgDSG sowie ggf. sonstige einschlägige Vorschriften zu berücksichtigen.

2. ausdrücklich zu prüfen, ob und unter welchen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner, die beratend im Ausschuss mitwirken, Zugang zu den benannten Protokollen erhalten können.

Herr Kurth erläutert den Antrag und erklärt die 2 Kernpunkte.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung des Antrags.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Nein 3 Enthaltung 1

Beschlusnummer: AT-28-020/26

TOP 9.5**Arbeitsgelegenheiten stärken und ausbauen****Dokument: AT-23/26**

Antragsteller: Fraktion CDU/FW

Inhalt des Antrages:*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**Der Oberbürgermeister gemeinsam mit dem Jobcenter Cottbus und den kommunalen Eigenbetrieben**wird beauftragt zu prüfen, die Möglichkeiten für Arbeitsgelegenheiten von arbeitsfähigen Leistungsempfängern nach SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz zu verbessern. Über das Prüfergebnis ist in der Juni-StVV erstmalig zu informieren.***Empfehlung des Hauptausschusses:**

Verweis in:

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in den Fachausschuss.**TOP 9.6****Prüfung von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Cottbusverkehr-Deutschlandtickets****Dokument: AT-25/26**

Antragsteller: Fraktion Die Linke

Inhalt des Antrages:*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung eines möglichst unbürokratischen Weges zur Umsetzung eines Erstwohnsitzzuschusses zum Deutschlandticket zu prüfen. Dabei sollen folgende Kriterien berücksichtigt werden:**1. Die Stadt Cottbus gewährt allen Einwohnerinnen und Einwohnern mit Erstwohnsitz in Cottbus auf Antrag einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 10 Euro, sofern sie ein Deutschlandticket über das kommunale Verkehrsunternehmen Cottbusverkehr GmbH beziehen.**2. Voraussetzung für den Zuschuss ist der Nachweis eines gültigen Abonnementvertrags über das Deutschlandticket mit Cottbusverkehr sowie der Erstwohnsitz in Cottbus.**Das Prüfergebnis soll bis Oktober 2026 im Ausschuss für Bau und Verkehr präsentiert werden.***Empfehlung des Hauptausschusses:**

Verweis in:

Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturentwicklung

Ausschuss für Bau und Verkehr

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.7**Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung****Dokument: AT-26/26**

Antragsteller: Fraktion Die Linke

Keine weiteren Wortmeldungen.

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebus möge die nachfolgende Änderung der Satzung über Aufwands-, Verdienstausschlag- und Auslagenentschädigung für Stadtverordnete, sachkundige Einwohner/innen und Vertreter/innen in wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Cottbus/Chósebus, Mitglieder von Ortsbeiräten, Beauftragten und Beiräten sowie Dienstaufwandsentschädigung für hauptamtliche kommunale Wahlbeamte/-beamtinnen der Stadt Cottbus/Chósebus beschließen:

1. Die Satzung vom 18.12.2020, welche am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist mit Ausnahme des § 13, welcher rückwirkend zum 1. Februar 2018 in Kraft getreten ist, wird wie folgt geändert: Änderung des § 13 Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Der Oberbürgermeister erhält eine monatliche Dienstaufwandsentschädigung für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 30. Juni 2026 in Höhe von 335 Euro.

Die monatliche Dienstaufwandsentschädigung für die/den zur/zum allgemeinen Stellvertreter/in bestellten Beigeordneten beträgt für diesen Zeitraum 252 Euro, für weitere Beigeordnete 168 Euro.

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

(3) Ab dem 1. Juli 2026 wird dem Oberbürgermeister keine monatliche Dienstaufwandsentschädigung mehr gewährt.

Ab diesem Zeitpunkt entfällt auch die Dienstaufwandsentschädigung für die/den zur/zum allgemeinen Stellvertreter/in bestellten Beigeordneten sowie für weitere Beigeordnete ersatzlos.

Änderung des § 14 Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

(3) Die Änderung des § 13 Absätze 2 und 3 durch die Änderung der Satzung mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom XY tritt am 1. Juli 2026 in Kraft.

2. Verwendung der eingesparten Mittel

Die durch den Wegfall der Dienstaufwandsentschädigungen gemäß § 13 Absätze 2 und 3 eingesparten Haushaltsmittel sind zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Ortsbeiräten sowie in den übrigen Beiräten im Sinne des § 19 BbgKVerf zu verwenden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Anpassung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Ortsbeiräte gemäß § 7 sowie für die Mitglieder der Beiräte im Sinne des § 19 BbgKVerf gemäß § 8 der Aufwandsentschädigungssatzung zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Vorschlag zur Erhöhung vorzulegen. Dabei ist sicherzustellen, dass die zur Verfügung stehenden eingesparten Mittel vollständig zugunsten dieser ehrenamtlich Tätigen eingesetzt werden.

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in:

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Hauptausschuss mit Aufgabe Rechtsausschuss

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.8

Stringenz der Antwort der Kommunalaufsicht (MIK 10.12.2025) „Bindungswirkung zweier Beschlüsse auf privatrechtliche Pachtverträge“

Dokument: AT-29/26

Antragsteller: Fraktion AfD

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- 1. Die Fachbereiche 23 und 61 zu verpflichten, der Stadtverordnetenversammlung halbjährlich einen detaillierten, standortbezogenen Bericht über sämtliche kommunalen Garagenstandorte vorzulegen.*
- 2. In diesem Bericht ist für jeden einzelnen Garagenstandort eine vollständige betriebswirtschaftliche Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben darzustellen.*
- 3. Die laufenden Kosten pro Garage sind vollständig und differenziert auszuweisen, insbesondere:*
 - o Versicherungskosten*
 - o Verwaltungskosten*
 - o Grundsteuer*
- 4. Die jährlichen sowie langfristigen Instandhaltungskosten sind je Standort konkret zu ermitteln und darzustellen.*
- 5. Der bauliche Zustand aller Garagenstandorte ist systematisch zu erfassen und zu dokumentieren, insbesondere im Hinblick auf:*
 - o Sanierungsbedarf an Dächern*
 - o Zustand der Tore*
 - o Elektrische Anlagen*
- 6. Für jeden Garagenstandort sind erforderliche Rücklagen verbindlich zu berechnen, zu begründen und in ihrer Höhe auszuweisen.*
- 7. Die Kostenentwicklung ist über mehrere Jahre darzustellen und Schwankungen sind nachvollziehbar zu analysieren und zu begründen.*
- 8. Kurz-, mittel- und langfristig notwendige Investitionen sind konkret zu benennen, zeitlich einzuordnen und finanziell zu bewerten.*
- 9. Der Fachbereich Immobilien wird verpflichtet, ein verbindliches Verfahren zur Bearbeitung von Schadensmeldungen am Baukörper einzuführen, umzusetzen und darüber zu berichten.*
- 10. Es ist darzustellen, aus welchen Gründen gesetzte Fristen zur Bearbeitung schriftlich eingereichter Schadensmeldungen bislang nicht eingehalten wurden und welche Maßnahmen zur zukünftigen Einhaltung getroffen werden.*

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in:

Ausschuss für Bau und Verkehr

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Hauptausschuss mit Aufgabe Rechtsausschuss

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.9

Einführung eines verbindlichen Berichtssystems für den Bereich Prävention und Geheimschutz

Dokument: AT-31/26

Antragsteller: Fraktion AfD

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein standardisiertes Berichtswesen einzuführen, das jährlich alle Projekte, Sicherheitsüberprüfungen, festgestellten Auffälligkeiten sowie Hausrechtsverstöße strukturiert und nachvollziehbar darstellt.

Zielrichtung

- *Jährliche Berichterstattung an die Stadtverordnetenversammlung*
- *Vollständige Dokumentation aller Maßnahmen*
- *Einführung anonymisierter Statistiken trotz Löschfristen*
- *Verbesserung der Transparenz und Kontrollfähigkeit*

Keine weiteren Wortmeldungen.

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in:

Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit

Hauptausschuss mit Aufgabe Rechtsausschuss

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.10

Weitere pauschale Stellenreduzierung in der Stadtverwaltung Cottbus/Chósebus um 28 VZE bis zum Vorliegen der Aufgabenanalyse der Verwaltung

Dokument: AT-32/26

Antragsteller: Fraktion MIB/ZSC

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine weitere pauschale Stellenreduzierung über das Jahr 2028 hinaus um mindestens 28 Vollzeiteinheiten (VZE) pro Jahr bis zum Vorliegen der fachlichen Aufgabenanalyse durch die Verwaltung fortzusetzen

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in:

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.11

Fortschreibung und Aktualisierung der Regelungen zur Telearbeit/Homeoffice in der Stadtverwaltung der Stadt Cottbus/Chósebus

Dokument: AT-33/26

Antragsteller: Fraktion CDU/FW

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Personalrat die bestehende Dienstvereinbarung zur mobilen Arbeit / alternierenden Telearbeit aus dem Jahr 2022 zu evaluieren und fortzuschreiben.

Ziel der Fortschreibung ist insbesondere:

- 1. die Sicherstellung einer jederzeit verlässlichen Erreichbarkeit der Verwaltung für die Bürger,*
- 2. die weitere Verbesserung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Aufgabenerfüllung im Homeoffice,*
- 3. die Überprüfung und ggf. Anpassung des zulässigen Umfangs von Telearbeit,*
- 4. die Weiterentwicklung der Regelungen zur Arbeitszeiterfassung und Leistungskontrolle,*
- 5. die Sicherstellung einheitlicher Standards in allen Fachbereichen.*

Die überarbeitete Dienstvereinbarung ist der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens Ende des Jahres 2026 zur Kenntnis vorzulegen.

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in:

Hauptausschuss mit Aufgabe Rechtsausschuss

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.12

Prüfauftrag zur Einführung eines Online-Abstimmungstools für Anträge im Rahmen der StVV der Stadt Cottbus/Chósebus

Dokument: AT-34/26

Antragsteller: Fraktion MIB/ZSC

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung prüft die Einführung einer Online-Abstimmungsplattform auf der Webseite der Stadt Cottbus, auf der Bürgerinnen und Bürger zu aktuellen Anträgen der Stadtverordnetenversammlung ihr Votum abgeben können.

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in:

Hauptausschuss mit Aufgabe Rechtsausschuss

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.13

Rücknahme der Gebührenbescheide für Rettungsdiensteinsätze, vorläufige Sicherstellung der Finanzierung durch die Stadt und konsequente rechtliche Geltendmachung gegenüber den Krankenkassen

Dokument: AT-35/26

Antragsteller: Fraktion AfD

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die bereits erlassenen bzw. vorbereiteten Gebührenbescheide gegenüber den Bürgern für die Nutzung des Rettungsdienstes, soweit rechtlich zulässig, unverzüglich zurückzunehmen beziehungsweise bis auf Weiteres nicht zu vollziehen.*
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die ausstehenden Forderungen aus der Rettungsdienstversorgung im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten vorläufig über einen zusätzlichen Kredit abzusichern, damit die Bürger nicht in Vorleistung genommen werden und nicht selbst gegen Krankenkassen oder Gebührenbescheide klagen müssen.*
- 3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die offenen Forderungen gegenüber den Krankenkassen nach rechtlicher Prüfung und soweit erfolgversprechend unverzüglich gerichtlich geltend zu machen und alle erforderlichen rechtlichen Schritte einzuleiten.*
- 4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung zeitnah über die Höhe der offenen Forderungen, die voraussichtliche Kreditaufnahme, die rechtliche Strategie sowie den Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen zu berichten.*

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in:

Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 10

Persönliche Mitteilungen und Erklärungen

Keine.

Herr Dr. Bialas beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:35 Uhr.

Cottbus/Chósebuz, 05.05.2026

gez.

Dr. Wolfgang Bialas

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung